

<b>TOP 10 des Kreisparteitages am 17.09.2015</b>				
<b>Anträge zur Änderung des Kooperationspapiers , weitere Anträge</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>Antragstext</b>	<b>Empfehlung Antragskommission</b>	<b>Votum</b>
1	Bernhard Simon, Ortsverband Lübeck Süd	<p><b>Haushaltspolitik – Zeilen 46-47:</b></p> <p>Bisheriger Text wird ersetzt durch: „Die Errichtung eines zweiten zentralen Verwaltungszentrums wird bis Ende 2016 verbindlich beschlossen. Errichtung und Gebäudemanagement sind durch einen externen Dienstleister vorzunehmen. Dabei ist eine optimale Energieeffizienz bei bestmöglichem Preis-/Leistungsverhältnis umzusetzen.</p> <p>Die Stadt wird das Gebäude langfristig mieten. Frei werdende städtische Immobilien sind in die Vermarktung zu geben. Mit den Verkaufserlösen werden Schulden abgebaut, ein kleinerer Immobilienbestand führt zudem nachhaltig zu geringerem Aufwand für Verwaltung und Instandhaltung.“</p>		
2	Bernhard Simon, Ortsverband Lübeck Süd	<p><b>Haushaltspolitik – Zeilen 58-64:</b></p> <p>Bisheriger Text wird ersetzt durch: „Vorliegende Personalmanagement- und -entwicklungskonzepte sowie eine durchgeführte Aufgabenkritik sind die Voraussetzungen für Entscheidungen zur Definition des erforderlichen Personaleinsatzes sowie für die Ermittlung der Kosten für eine sachgerechte Erbringung jeglicher Leistungen der Verwaltung. Auf Basis dieser Daten werden wir entscheiden, wo und in welchem Umfang wir Personal- und Sachkosten reduzieren werden.</p> <p>Bei der Ermittlung der erforderlichen Ressourcen für einzelne Leistungen werden wir uns an den Besten orientieren: in Abstimmung mit dem Bürgermeister werden wir drei Vergleichsstädte festlegen, die ihre Haushalte nachhaltig deutlich ausgeglichener gestalten als Lübeck. An der Effizienz</p>		

		<p>dieser Städte werden wir uns messen und</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Den BM beauftragen, die Effizienz für die Erbringung einzelner Leistungen durch Nutzung von verwaltungsüblichen Kennzahlen transparent zu machen</li> <li>• Unseren künftigen Kosten- und Personalbedarf ermitteln auf Basis von Kennzahlen aus dem Durchschnitt der drei Vergleichsstädte</li> <li>• Alle Maßnahmen zur Verwaltungsoptimierung mittragen, die erforderlich sind, um die angestrebte Effizienz bei den Leistungen der Lübecker Verwaltung zu erreichen</li> <li>• Alle freiwilligen Leistungen ohne Vorbehalte dahingehend zu prüfen, ob diese vom Inhalt und Umfang her weiterhin erbracht werden sollen und entsprechende Entscheidungen treffen.</li> </ul> <p>Sofern die erforderlichen Basisdaten bis Ende September 2016 nicht vorliegen, werden künftige städtische Haushalte auf dem bisherigen Niveau eingefroren (gilt für 2017 und 2018).“</p>		
3	Bernhard Simon, Ortsverband Lübeck Süd	<p><b>Stadtentwicklung – Zeile 87:</b></p> <p>Bisheriger Text wird ergänzt durch: „Das Konzept „Lübeck 2030“ wird <b>unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich getroffenen verändernden Beschlüsse (zum Ausweis von Wohn- und Gewerbegebieten; Entfall der Priorität 3) ...</b>“</p>		
4	Bernhard Simon, Ortsverband Lübeck-Süd	<p><b>Stadtentwicklung – Zeilen 91-92:</b></p> <p>Bisheriger Text wird ersetzt durch: „Die Entwicklung auf heutigen Flächen von Kleingartenanlagen erfolgt grundsätzlich in Absprache mit den Nutzern. Bei Leerstandsquoten von mehr als 40% behalten wir uns vor, eine Optimierung der Flächennutzung zu prüfen (z. B. Verdichtung der genutzten Parzellen und alternative Verwendung freier Areale)“</p>		
5	Bernhard Simon,	<b>Stadtteilentwicklung – Zeile 117:</b>		

	Ortsverband Lübeck-Süd	Bisheriger Text wird ergänzt durch: „Eine gute Erreichbarkeit mit allen Verkehrsträgern ist eine wesentliche Voraussetzung für die Attraktivität der Innenstadt. Die Haupteinfallstraßen (z. B. Schwartauer Allee, Fackenburger Allee, Ratzeburger Allee) und begleitende Radwege sind daher in optimalen Zustand zu versetzen. Dabei wollen wir jedoch keinen Verkehrsträger zu Lasten eines anderen bevorzugen. Den möglichen Rückbau von Straßen (für die Schaffung neuer Fahrradspuren) werden wir erst prüfen, nachdem die laufenden und anstehenden großen Brückenbaumaßnahmen abgeschlossen sind und verlässliche Aussagen über künftige Verkehrsströme getroffen werden können.“		
6	Bernhard Simon, Ortsverband Lübeck-Süd	<b>Stadtteilentwicklung – nach Zeile 117:</b>  Bisheriger Text wird ergänzt durch: „Die Attraktivität Lübecks als Oberzentrum wollen wir weiter steigern. Neben den beschriebenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Infrastruktur der Innenstadt unterstützen wir die angemessene Weiterentwicklung der Sonderstandorte Citti-Park und LUV. Die Angebote an diesen Standorten erhöhen maßgeblich die Attraktivität Lübecks, ziehen überregional Besucher nach Lübeck und generieren damit zusätzliche Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Bei entsprechendem Erfolg halten wir uns daher die Option offen, diese Standorte auch in Zukunft maßvoll auszubauen. Den Handel in der Innenstadt fordern wir auf, sich dem Wettbewerb um Kunden in kreativer Weise zu stellen und die Sonderstandorte als Chancen für Lübeck zu verstehen.“		
7	Bernhard Simon, Ortsverband Lübeck-Süd	<b>Wirtschaft – Zeile 171-172:</b>  Bisheriger Text wird wie folgt geändert: „Unser Ziel ist es, dass die Lübecker Hafengesellschaft mit einer angemessenen Rendite regelmäßig zur Entlastung des Lübecker Haushalts beiträgt.“		
8	Bernhard Simon, Ortsverband	<b>Museen/Theater – ab Zeile 206:</b>		

	Lübeck-Süd	<p>Bisheriger Text wird wie folgt ergänzt: „Das Image Lübecks als „kulturelles Zentrum des Nordens“ ist ein Magnet für den Tourismus, generiert Umsätze beim Handel und im Dienstleistungsgewerbe und führt so zu zusätzlichen Arbeitsplätzen sowie Steuereinnahmen für die Stadt. Dieses Alleinstellungsmerkmal ist daher weiter zu stärken. Wir wollen .... erhalten. Das Theater Lübeck soll mit dem bisherigen Leistungsumfang erhalten bleiben. Bis zum Herbst ... entscheiden. Auch hier werden wir ähnliche Häuser in anderen Städten als Vergleichsmaßstäbe heranziehen, die Kostenstrukturen über Kennzahlen vergleichen und unsere Budgetplanung an den Besten orientieren. Sollte sich dabei herausstellen, dass unser Theater angemessen wirtschaftlich geführt wird, werden wir uns nötigen Budgetanpassungen nicht verschließen, um die herausragende Positionierung Lübecks als kulturelles Zentrum nicht zu gefährden.“</p>		
9	Bernhard Simon, Ortsverband Lübeck-Süd	<p><b>Besetzung von Fachbereichsleitungen– ab Zeile 284:</b></p> <p>Bisheriger Text wird ersetzt durch: „Fachbereichsleitungen werden bundesweit ausgeschrieben. Auswahlkriterien sind fachliche Kompetenz, Führungskompetenz sowie angemessene Verwaltungserfahrung, jeweils nachgewiesen durch entsprechende, erfolgreich ausgeübte Vortätigkeiten.</p> <p>Eine gemeinsame, paritätisch besetzte Findungskommission der Vertragspartner, ergänzt um einen Experten aus dem Bereich Personalwesen, der nicht aus dem politischen Umfeld kommt und in der Kommission voll stimmberechtigt ist, wird für jeden zu besetzenden Fachbereich die Top-3 Bewerber benennen.</p> <p>Die CDU hat das Vorschlagsrecht für die Leitungen des Fachbereichs 3 – Wirtschaft, Umwelt und Sicherheit sowie, falls im Laufe der Wahlperiode erforderlich, des Fachbereichs 4 - Kultur und Bildung. Die SPD hat das Vorschlagsrecht für die Leitungen des Fachbereichs 2 – Jugend und Soziales sowie, falls im Laufe der Wahlperiode erforderlich, des Fachbereichs 5 – Planen und Bauen.“</p> <p>Bisheriger Text ab Zeile 289 ohne Änderungen.</p>		

10	Oliver Prieur, Ortsverband Kücknitz/Siems	<p><b>Haushaltspolitik – Zeilen 47-53:</b></p> <p>Bisheriger Text wird ersetzt bzw. ergänzt durch:</p> <p>„Die Beschlüsse zum Konsolidierungskonzept werden überarbeitet: Die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes der Hansestadt Lübeck von 430 auf 450 Punkte wird rückgängig gemacht. Der entsprechende Anteil am Konsolidierungskonzept von 2,25 Mio Euro wird von den in den Haushaltsansätzen 2016 – 2018 nicht eingestellten tatsächlichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer getragen.</p>		
11	Oliver Prieur, Ortsverband Kücknitz/Siems	<p><b>Haushaltspolitik – Zeilen 47-53:</b></p> <p>Bisheriger Text wird ersetzt bzw. ergänzt durch:</p> <p>„Die Beschlüsse zum Konsolidierungskonzept werden überarbeitet: Die Tourismusabgabe wird nicht eingeführt. Der im Konsolidierungskonzept eingestellte Beitrag daraus wird von einem Teil der tatsächlichen Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer ersetzt und dem Haushalt 2016 bis 2018 zugeordnet.“</p>		
12	Günter Büttner, Ortsverband Marli- Eichholz-Schlutup	<p>Nachfolgender Text ist zusätzlich in das Kooperationspapier aufzunehmen:</p> <p><b>„Klima</b></p> <p>Die Änderungen des Klimas und deren künftige Auswirkungen auch auf unsere Stadt haben unterschiedliche Ursachen, die wir nur zum Teil beeinflussen können. Der richtige Umgang mit Energie gehört dazu. CDU/SPD mögen ein verständliches Konzept für Bürger, Verwaltungen und betriebliche Einrichtungen als Richtlinie erarbeiten.“</p>		

13	Günter Büttner, Ortsverband Marli- Eichholz-Schlutup	<p><b>Städtische Senioreneinrichtungen – Zeile 195 - 198</b></p> <p>Die Zeilen 195 – 198 werden gestrichen. Dafür wird nachfolgender Text eingefügt:</p> <p><b>„Senioren</b></p> <p>Die Lebenserwartung der Menschen steigt ständig. Schon heute gehören ca. 60.000 Bürger zu der großen Gruppe der Senioren und Seniorinnen. CDU und SPD erstellen ein Konzept für bessere Berücksichtigung von Forderungen und Wünschen dieser Bevölkerungsgruppe bei städtischen Planungen und bestehenden Einrichtungen.“</p>		
14	Günter Büttner, Ortsverband Marli- Eichholz-Schlutup	<p><b>Änderung des Kooperationspapiers zur Zusammenarbeit mit der SPD</b></p> <p>Dem vorliegenden Entwurf „Gemeinsam Lübeck gestalten“ als Basis für eine zukünftige Zusammenarbeit von CDU und SPD kann ich bezüglich des Inhaltes und des Umfangs nicht zustimmen.</p> <p>Eine Überarbeitung des Entwurfes sollte dahingehend erfolgen, dass eine Zusammenfassung der vielen Themen zu wenigen Arbeitspaketen erfolgt, die eine einheitliche Meinungsbildung möglich erscheinen lassen und wählerorientiert sind. Ein Ergebnis sollte vor der nächsten Kommunalwahl vorliegen.</p>		
15	Klaus Hinrich Rohlf, Ingrid Schatz, Michael Böge, Brigitte Ziebell, Dr. Heiner Freiesleben, Burkhard Röttger,	<p><b>Haushaltspolitik – Zeile 48-49</b></p> <p>Das Wort „eingeführt“ in Zeile 49 ist zu streichen und durch das Wort „abgelehnt“ zu ersetzen.</p> <p><b>Die Tourismusabgabe wird abgelehnt.</b> Dieses ist im Kooperationspapier zwischen CDU und SPD festzuschreiben.</p>		

	Johanna Schneider, Anton Schneider, Jörg Sellerbeck, Karl- Wilhelm Prasuhn, Hans-Heinrich Lewitz, Hans-Joachim Süllau, Johannes Schindler, diverse Ortsverbände			
16	Dagmar Hildebrand, Ortsverband Lübeck- West	<p><b>Haushaltspolitik – Zeilen 65-68:</b></p> <p>Bisheriger Text wird ersetzt durch:</p> <p>„Wir werden bis Ende 2015 alle erforderlichen Beschlüsse fassen, damit die Senioreneinrichtungen der Hansestadt Lübeck schnellstmöglich, spätestens jedoch ab 2019 den Jahresverlust um 50% (Stand Wirtschaftsplan 2015) reduzieren. In diesem Zusammenhang werden wir die Senioreneinrichtungen Am Behnckenhof und Schönböckener Straße, die besonders defizitär sind, abwickeln und den Bewohnern und Mitarbeitern alternative (Arbeits-) Plätze in den verbleibenden Einrichtungen anbieten. Sobald diese Maßnahmen abgeschlossen sind, sollen die Standorte bis zum Ablauf der Mietverträge als Unterkünfte für Asylbewerber genutzt werden.“</p>		
17	Dagmar Hildebrand, Ortsverband Lübeck- West	<p><b>Antrag zur Erweiterung des Kooperationspapiers CDU – SPD</b></p> <p>Der Kreisparteitag möge beschließen, dass die von Herrn Dr. Eymer beantragte erweiterte Verhandlungskommission das ausgehandelte Kooperationspapier gemeinsam unterzeichnet.</p>		
18	Dagmar Hildebrand, Ortsverband Lübeck-	<b>Städtische Senioreneinrichtung – Zeile 195-198</b>		

	West	Der vorliegende Text wird ersatzlos gestrichen.		
19	Dagmar Hildebrand, Ortsverband Lübeck- West	<p><b>Haushaltspolitik - Zeilen 65-68</b></p> <p>Bisheriger Text wird ersetzt durch:</p> <p>„Wir werden bis Ende 2015 alle erforderlichen Beschlüsse fassen, damit die Senioreneinrichtungen der Hansestadt Lübeck schnellstmöglich, spätestens jedoch ab 2019, den Jahresverlust um 50 % (Stand Wirtschaftsplan 2015) reduzieren. In diesem Zusammenhang werden wir die Senioreneinrichtungen Am Behnckenhof und Schönböckener Straße, die besonders defizitär sind, abwickeln und den Bewohnern und Mitarbeitern alternative (Arbeits-) Plätze in den verbleibenden Einrichtungen anbieten. Sobald diese Maßnahmen abgeschlossen sind, sollen die Standorte bis zum Ablauf der Mietverträge als Unterkünfte für Asylbewerber genutzt werden.“</p>		
20	Nicky Gernhardt, Ortsverband Lübeck- Süd	<p><b>Tagesordnungspunkt 12 - Abstimmung über den Entwurf</b></p> <p>Als reguläres Mitglied der CDU beantrage ich, dass die Abstimmung zur Zusammenarbeit mit der SPD per geheimer Wahl zu erfolgen hat, um Beeinflussungen auf andere Mitglieder, insbesondere wenn Ortsverbandsvorstände eine andere Meinung als ihre Mitglieder haben, von vornherein auszuschließen. Dieses gilt auch, um etwaige in der Partei zu erwartenden Repressalien auszuschließen.</p>		
21	Dr. Heiner Freiesleben, Johannes Schindler, Jörg Sellerbeck, Michael Böge, div. Ortsverbände	<p><b>Beschluss zur Nördlichen Wallhalbinsel</b></p> <p>Zur Beschlusslage der Lübecker Bürgerschaft und zu den Ergebnissen der Mediation zwischen der Lübecker Verwaltung und der Projektgruppe Initiative Hafenschuppen (PIH) wird festgehalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die CDU bestätigt ihren Parteitagbeschluss, die Nördliche Wallhalbinsel im Bestand entwickeln zu wollen. Die Sanierung und Umnutzung der</li> </ol>		



		<p>historischen Kaischuppen nebst ergänzenden Neubauten bleibt das Ziel. Die Unterbringung von Nutzungen, die anderweitig keinen Raum haben, sowie sozialen und kulturellen, maritimen und kreativwirtschaftlichen Zwecken dienen, haben Vorrang vor dem von der Verwaltung gewünschten Schwerpunkt auf einer Wohnnutzung.</p> <p>2. Die CDU erklärt, dass der im Mediationsverfahren von Verwaltung und PIH als Reingewinn für die Stadt vereinbarte Betrag von 900.000 Euro für die Veräußerung der historischen Kaischuppen und der übrigen Baufelder als Mindestzielgröße mitgetragen wird.</p> <p>3. Die CDU stellt ferner klar, dass einer von der PIH präsentierten Investorengemeinschaft, welche sich dem Konzept des Schuppenerhalts verpflichtet, eine Anhandgabe von mindestens 12 Monaten gewährt wird. Die Anhandgabe der Kaischuppen soll unter Verzicht auf eine Ausschreibung erfolgen, sofern der von der Investorengemeinschaft gebotene Kaufpreis mindestens dem gutachterlichen Wert entspricht. Dieser soll auf Basis des vorgelegten Konzeptes mit den darin vorgesehenen Flächenausnutzungen durch den Gutachterausschuss neu ermittelt werden.</p>		
22	Oliver Prieur, Michael Böge, Joerg Sellerbeck, Johannes Schindler, div. Ortsverbände	<p><b>Beschluss zur Fachbereichsgliederung - hier: Bildung und Jugend - Zeile 256-265</b></p> <p>„Die Aufgabengebiete <b>4.510 Jugendamt – Familienhilfen</b> und <b>4.513 Jugendamt – Jugendarbeit</b> sollen zusammen mit dem Aufgabengebiet <b>4.401 Schule und Sport</b> im Fachbereich 4 verbleiben.“</p>		